

Antrag der Fraktion der FDP

Aktuelle Stunde

Bremen gegen Werder? Werder braucht auch den Support der Politik!

Der SV Werder Bremen ist ein bedeutender Standortfaktor für Bremen. Werder hat vier deutsche Meistertitel, sechs DFB-Pokalsiege und einen Europapokalsieg der Pokalsieger errungen. Werder hat Bremen durch seine internationalen Auftritte über Jahre bekannt gemacht und gilt seit Jahren zu den Klubs mit den höchsten Sympathiewerten in Deutschland. Außerdem kommt dem Verein eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für den Standort zu. Trotzdem hat Bremen begonnen, für den zusätzlichen Aufwand bei Hochrisikospiele Gebührenbescheide an den Veranstalter, die Deutsche Fußball Liga GmbH, zu schicken.

Am Abend des 10. September 2019 wurde nunmehr bekannt, dass die DFL den ersten Gebührenbescheid beglichen hat und mindestens die Hälfte der Kosten vom SV Werder Bremen zurückverlangt. So wurde es auch am 11. September in zahlreichen Zeitungen berichtet. Es ist außerdem noch nicht entschieden, ob auch die zweite Hälfte der Kosten an Werder Bremen weitergereicht werden wird. Insgesamt handelt es sich um eine Summe von 1,17 Mio. Euro. Sollte Werder diese am Ende wirklich zu tragen haben, dann gefährdet dies in hohem Maße die Wettbewerbsfähigkeit des SV Werder Bremen und damit auch den Bundesligastandort Bremen. Kein anderes Bundesland verlangt Gebühren für Polizeieinsätze bei Bundesligaspielen.

Auf einer Pressekonferenz am 12. September äußerte der Sportchef von Werder Bremen, Frank Baumann, seinen Unmut über die Politik des Senats. Er warf dem Senat vor, dem SV Werder Bremen „Knüppel zwischen die Beine geworfen“ zu haben. Er sprach von einem Pyrrhussieg, für den sich der Innensenator Mäurer feiern lasse.

Neben der Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit des Bundesligastandortes Bremen, sendet die in Rechnungstellung von Polizeieinsätzen aber auch ein verheerendes politisches Signal. Auch wenn das Bundesverwaltungsgericht im März diese Praxis dem Grunde nach für rechtmäßig erklärt hat, ist die Weitergabe der Kosten für öffentliche Sicherheit nicht automatisch richtig. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Die Inrechnungstellung von nicht direkt verursachten Mehrkosten bei Polizeieinsätzen ist daher ein erster Schritt zur Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistung, die im Sinne der Rechtsstaatlichkeit kategorisch abzulehnen ist.

Prof. Dr. Hauke Hilz, Birgit Bergmann,
Lencke Steiner und die Fraktion der FDP